

Antrag 131/I/2024

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Regulatorische Maßnahme zur Begrenzung des Dispokreditzinssatzes

1 dass die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bundestag
2 und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung sich für eine
3 Implementierung einer gesetzlichen Obergrenze für Dis-
4 pokreditzinsen, die maximal 3% über dem jeweils gelten-
5 den Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank liegt.
6

7 **Begründung**

8 In der gegenwärtigen Finanzmarktlandschaft nutzen
9 zahlreiche Konsumenten den Dispokredit als liquiditäts-
10 sicherndes Instrument. Indessen resultieren aus diesem
11 Finanzprodukt oftmals überproportional hohe Zinssätze,
12 die nicht selten die Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmen-
13 den kompromittieren. Diese exorbitanten Zinsen können
14 insbesondere in ökonomisch volatilen Perioden eine ex-
15 zessive finanzielle Belastung darstellen und das systemi-
16 sche Risiko im Finanzsektor erhöhen. Eine regulatorische
17 Deckelung der Dispozinsen würde nicht nur zur finanzi-
18 ellen Resilienz der Haushalte beitragen, sondern auch die
19 Prinzipien der Markteffizienz und Fairness stärken. Im Sin-
20 ne der finanzpolitischen Zielsetzungen der SPD ist es es-
21 senziell, ein nachhaltiges und stabiles Finanzsystem zu
22 fördern, in welchem alle Marktteilnehmenden gleichbe-
23 rechtigt agieren können. Diese Maßnahme wäre ein stra-
24 tegischer Schritt zur Erreichung eines inklusiven und ge-
25 rechten Finanzmarktes.